

Oktober 1994



REGENBOGEN

Rundbrief des Ortsverbands Bickenbach

Liebe Bickenbacherinnen,

Liebe Bickenbacher!

Die nächste Wahl steht bevor. Diesmal nicht für das Bickenbacher Ortsgeschehen, sondern für die "große Politik".

Nach etwa einem Drittel unserer Amtszeit in der Bickenbacher Gemeindevertretung (1993-1997) möchten wir Sie aus erster Hand über unsere Arbeit informieren und geben Ihnen zugleich einen Überblick über die von unserer Fraktion in diesem Zeitraum gestellten Anträge.

Wenn Ihnen unserer Politik vor Ort zusagt, dann unterstützen Sie grüne Politik auch am 16. Oktober.

Vor den Kommunalwahlen haben wir um Ihre Stimme geworben in der Hoffnung auf eine starke Fraktion in der Gemeindevertretung. Sie haben uns mit einem Stimmenanteil von über 17 % einen großen Vertrauensvorschuß gegeben.

Was haben wir bis heute daraus gemacht ?

Für uns günstig verlief die Wahl zur Bildung des

Gemeindevorstandes

Zur Wahl des Gemeindevorstandes nach zuvor gegeneinander geführtem Wahlkampf wurde überraschenderweise eine gemeinsame Liste von den Fraktionen SPD und CDU aufgestellt je abwechselnd mit einer Vertreterin/einem Vertreter von SPD dann CDU besetzt. Hätten alle 17 GemeindevertreterInnen von SPD (11) und CDU (6) diese Liste gewählt, wären 4 VertreterInnen der SPD und 3 VertreterInnen der CDU in den Gemeindevorstand gewählt worden, die SPD hätte zusammen mit der Stimme des damaligen SPD- Bürgermeisters mindestens über eine "Sperrminorität" verfügen und die Grünen hätten statt zwei nur einen Sitz besetzen können. Wie uns später bekannt wurde betrafen Teile dieser Vereinbarung über die Bildung einer gemeinsame 'rotschwarze' Liste zum Gemeindevorstand auch Regelungen über die Besetzung der Position der/s Ersten Beigeordneten je nach Ausgang der Bürgermeister-Direktwahl mit einer Person der jeweils anderen, da unterlegenen Partei.

Da die gemeinsame Liste jedoch nur 16 Stimmen erhielt, besetzten SPD und CDU je drei Sitze und die Grünen zwei Sitze. Schon gleich zu Beginn der Amtszeit der Gemeindevertretung hatte sich so die SPD selbst ein Bein gestellt, die Sperrminorität verloren und der CDU-Fraktion, die gerade 'mal gut halb so viele Stimmen bei der Kommunalwahl bekommen hatte, im Gemeindevorstand die Bildung einer gleichstarken Fraktion ermöglicht. Uns hat diese Entwicklung die Arbeit in den Gemeindeorganen insofern erleichtert, als die SPD so ihre langjährig ausgeübte Rolle als alleinbestimmender Faktor in der Gemeindepolitik faktisch verloren hat.

Grüne im Gemeindevorstand sind:

Birgit Köhler-Günther und Klaus Peter Creamer

Grüne in der Gemeindevertretung sind:

Magnus Benjes (Landwirtschaft, Umwelt und Forsten)

Ulrich Koch (Haupt- und Finanzausschuß)

Manfred Lippok (Bauausschuß, Verkehrsbereich)

Gerlinde Merg (Sport-, Kultur- und Sozialausschuß)

Die erste Bürgermeisterdirektwahl

Unser Ortsverband hat sich Mitte 1993 entschieden, das Mitglied unserer Gemeindevertretungsfraktion Ulrich Koch als Kandidaten aufzustellen. Uns war wichtig, dem SPD-Kandidaten das Feld nicht schon von vornherein allein zu überlassen. Dem erst relativ spät präsentierten CDU-Kandidaten hofften wir, im ersten Wahlgang den zweiten Platz streitig machen zu können. Die dann erreichten etwas über 13 % der Wählerstimmen entsprachen nicht ganz unseren Erwartungen, obwohl es unser zweitbestes Ergebnis bei Wahlen in Bickenbach war.

Nach einer intensiven Debatte unmittelbar nach dem ersten Wahlgang beschlossen wir, als grüner Ortsverband keine Wahlempfehlung für den zweiten Wahlgang zu geben. Persönliche Meinungsäußerungen -wie die unseres eigenen Kandidaten- waren davon unbenommen. Nach einer Analyse des zweiten Wahlgangs gehen wir davon aus, daß fast alle, die zuvor unseren Kandidaten unterstützt hatten, diesmal mit Günter Martini den CDU-Kandidaten vorgezogen hatten. Dies bekam wahlentscheidende Bedeutung angesichts der relativ knappen Mehrheit von Frank Wittersheim im ersten Wahlgang.

Nach der von Martini gewonnenen Bürgermeisterwahl gab es eine **'Anfrage an die Grünen nach Bildung einer festen Regierungsmehrheit'** in der Gemeindevertretung jenseits der SPD - quasi einer **'schwarz-gelb-grünen Ampel'**.

Unsere Antwort im Januar 1994 dazu:

"Die Bürgermeisterwahl vom November 1993 hat an den Mehrheitsverhältnissen in der Gemeindevertretung nichts geändert. Daher sehen wir keine Notwendigkeit zur Bildung einer neuen "Koalition", die den WählerInnen auch gar nicht vermittelbar wäre.

Der Fundus an Gemeinsamkeiten zwischen CDU und Grünen war in den vergangenen Jahren nicht sonderlich groß, wie u.a. die Entscheidungen bezüglich Umgehungsstraße, Jugendtreff, Tempo-30-Zonen, Ankauf und Abriß des Raiffeisenbank-Gebäudes, Kindergartenneubau, Raumordnungsplan belegen. In vielen uns wichtigen Fragen wurden wir von SPD und CDU überstimmt.

Dessen ungeachtet sind wir gerne bereit, bei zukünftig anstehenden Sachfragen auszuloten, ob eine Annäherung und gemeinsames Handeln von CDU und Grünen möglich ist. Die Probe auf's Exempel steht mit dem Etat 1994 demnächst ins Haus. Eine Mehrheitsentscheidung in der Gemeindevertretung gegebenenfalls jenseits der SPD-Fraktion ist an einzelnen Entscheidungen leichter plausibel zu begründen, als ein **'Wechsel der Pferde mitten im Fluß'**."

Wie sieht die politische Einflußnahme aus?

Die Hessische Gemeindeordnung gibt den GemeindevertreterInnen vor allem drei Instrumente zur Gestaltung der Politik vor Ort an die Hand:

- ▶ **Rederecht in der Gemeindevertretung**
- ▶ **Fragerecht an den Gemeindevorstand**
- ▶ **Antragsrecht an die Gemeindevertretung.**

Das Rederecht eröffnet die Möglichkeit, Ansichten, Meinungen und Positionen öffentlich zur Geltung zu bringen und so zur Meinungsbildung beizutragen.

Jedes Mitglied der Gemeindevertretung kann mündlich und schriftlich Fragen an den Gemeindevorstand richten, die beantwortet werden müssen. Dadurch kann man sich über den Sachstand eines Vorhabens informieren, die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen lenken, auf Defizite aufmerksam machen und selbst Schwerpunkte setzen. Auf Qualität und Ausführlichkeit der Antworten hat man allerdings nur indirekt Einfluß.

Durch Anträge kann jede Partei selbst Initiativen setzen und die Politik der Gemeinde gestalten. Voraussetzung ist jedoch, die Mehrheit für den eigenen Antrag in der Gemeindevertretung zu bekommen. Hierbei haben es Mitglieder kleiner Fraktionen natürlich schwerer, als die von großen - in Bickenbach namentlich der SPD.

Oft überlassen die großen Fraktionen politische Initiativen ihrer Gruppe im Gemeindevorstand bzw. dem von ihnen gestellten Bürgermeister und versäumen es, selbst gestaltend einzugreifen.

Wir haben im ersten Drittel der amtierenden Gemeindevertretung von allen drei Instrumenten ausgiebig Gebrauch gemacht.

In 15 Monaten haben wir 35 schriftliche Anträge gestellt. Zum Vergleich SPD: ca. 10 , CDU: 3 , FDP: 0. Antragsgegenstände, Zweck und Beschlussergebnis können Sie der beigefügten Aufstellung entnehmen.

Als Erfolge unserer Initiativen sehen wir an:

- * Reduzierung der ursprünglich geplanten Beitragserhöhung für Kindertagesstättennutzung
- * Durchführung eines gemeinsamen Gespräches der drei Nachbargemeinden über Maßnahmen zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs
- * Initiative zur Nutzung der seit 1 1/2 Jahren leerstehenden Kaserne und Neuverteilung der Gemeindeverwaltungseinheiten auf die vorhandenen Gebäude.

Besonders bedauerlich finden wir, daß

- über Maßnahmen zur Schulwegsicherung noch immer keine Entscheidung getroffen worden ist (darüber wird seit einem Jahr debattiert),
- die Verschlechterung der sozialarbeiterischen Flüchtlingsbetreuung nicht verhindert werden konnte und
- die Auslobung eines Wassersparwettbewerbs keine Unterstützung durch andere Fraktionen fand.

Der Haushalt 1994

Die wichtigste Befugnis der Gemeindevertretung ist die Entscheidung über die Gemeindefinanzen. Zum Haushaltsentwurf des Gemeindevorstandes führten wir eine Arbeitstagung durch und legten der Gemeindevertretung einen Antrag mit 15 Änderungspunkten einschließlich Deckungsvorschlägen für die von uns geforderten Mehrausgaben vor - hier die wichtigsten Punkte:

I. Einnahmen/Einsparungen

1. Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B um 45 Punkte auf 220 Punkte (26 %)	DM 108.000
2. Erhöhung des Schätzwertes für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 2 %	DM 38.000
3. Aufwandsentschädigung (ab 1.07.) Reduzierung bei Fraktionsvorsitzenden auf DM 50 pro Monat (33 %)	DM 1.200
Einsparung bei stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeindevertretung	DM 360
Summe	DM 147.560

II. Ausgaben

4. Frauenbeauftragte		
Personalkostenanteil (5 Std./Woche; ab 1.04.)	DM	7.500
Verfügungsmittel	DM	5.310
5. Vereinsförderung: Zuschuß Verein "SzenenWechsel"	DM	3.000
6. Flüchtlingsbetreuung		
Personalkostenzuschuß SozialarbeiterInnen-Stelle (3/7 Personalkostenanteil gemäß Absprache mit der Gemeinde Alsbach-Hähnlein; ab 1.04.)	DM	22.500
7. Wiedereröffnung des Warteraums im Bahnhof	DM	50.000
8. Sanierung und Erweiterung der Fahrradabstellanlage am Bahnhof	DM	15.000
9. Sanierung des Radweges Richtung Schuldorf	DM	10.000
10. Maßnahmen zur Schulwegsicherung	DM	20.000
11. Wettbewerb "Wassersparen"	DM	3.000
12. Gemeindearbeiten / Hausmeistertätigkeiten u.a. in den Flüchtlingswohnheimen ABM-Stelle (25 % Personalkostenant.; ab 1.04.)	DM	11.250
	Summe	DM 147.560

"Lohn" für unsere Mühe war eine Haushaltsdebatte, in welcher alle anderen Fraktionen in ihren Ausführungen so gut wie garnicht auf einzelne Vorschläge eingingen, sowie die pauschale Ablehnung des Antrages. Die Tatsache, daß keine der anderen Fraktionen eigene Anträge zum Haushalt eingebracht hatte, spricht für sich selbst.

Die Gestaltung des

"neuen Ortsmittelpunktes Jagdschloßanlage"

ist in der Vergangenheit nicht Zentrum unserer politischen Initiativen gewesen. Nachdem auch die Aufschiebung des Abbruchs des ehemaligen Raiffeisenbankgebäudes gescheitert war, - die Räume wären unserer Meinung nach für gemeindliche Zwecke zu nutzen gewesen, hätten wir es uns leisten können, dem Gang der Dinge gelassen zuzusehen und anderen die Initiative zu überlassen.

Den Vorschlag, unter Umständen die Gemeindeverwaltung in der Kaserne unterzubringen, wurde im Wahlkampf ja auch schon von unserem Bürgermeisterkandidaten öffentlich geäußert.

Unsere vorsichtige Haltung rührte aus der Einschätzung her, daß zum Zeitpunkt des Kaufs und Abrisses der Kaserne niemand in der Gemeinde für eine zukünftige Nutzung als Rathaus hätte gewonnen werden können. Aktuell musste vermieden werden, daß die Gemeinde sich den Ruf einhandelt, sich -nach dem teuersten Parkplatz (auf dem Gelände der ehemaligen Raiffeisenbank)- das teuerste Rathaus Südhessens -'Palazzo di Protzo'- zu leisten.

Dem stand gegenüber, daß nach unserer Kenntnis die Kaserne die Gemeinde in den letzten 12 Jahren rund 6 Millionen DM kostete. Daraus resultiert eine hohe Verpflichtung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, vor einer Eigennutzung, der durchaus notwendigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Gemeindeverwaltung, zunächst wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeiten abzu prüfen. Ein Verkauf des Objekts hätte nach allgemeiner Auffassung nur einen Bruchteil der Investitionen wiedereingebracht. Eine Vermietung bzw. Verpachtung des Objekts war bisher nur für eine relativ kleine Teilfläche (1/2 Geschoß) annähernd ernsthaft versucht worden. Daher beantragten wir, professionelle Immobilienmakler zu beauftragen, im Rahmen einer mehrwöchigen Frist die Fläche im Umfang von etwa zwei Geschossen - ca. 400 qm Nutzfläche- auf dem Markt anzubieten und Mietgebote für gewerbliche und Wohn-Nutzung einzuholen.

Eine Entscheidung über die zukünftige Nutzung der

Kaserne

war in unseren Augen erst dann vertretbar, wenn entscheidungsrelevante Sachverhalte für die Bürgerinnen und Bürger nachprüfbar auf dem Tisch lägen.

Dazu gehörten unseres Erachtens unter anderem:

- ▶ Berechnung der möglichen wirtschaftlichen Erlöse aus einer Vermietung zweier Geschosse der Kaserne
- ▶ Ergebnis eines Nutzungsangebotes der Kaserne an die Verwaltungen des Landes, des Regierungspräsidiums Darmstadt und des Kreises Darmstadt-Dieburg
- ▶ Kostenberechnung für Betrieb und Unterhalt des Kasernengebäudes
- ▶ Raumbedarfsplan für die Bickenbacher Gemeindeverwaltung
- ▶ Kostenberechnung für Betrieb und Unterhalt des seitherigen Rathauses

Nach dem Vorliegen dieser Informationen sollte unseres Erachtens den Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Versammlung Gelegenheit gegeben werden, sich umfassend zu informieren, eine eigene Meinung zu bilden und Stellungnahmen dazu abzugeben. Eine solche Veranstaltung fand Anfang Juli vor Ort statt.

Begünstigt durch ziemlich festgefahrene Positionen der Fraktionen von SPD und CDU konnten wir unsere Position schließlich fast optimal umsetzen. Angesichts der Ausweisung des Baugebietes Leierhans einschließlich der Planungen für Sozialen Wohnungsbau hatte für uns eine Vermietung der Räumlichkeiten als Wohnungen nicht mehr absolute Priorität. Nach Vorlage der Ergebnisse der Verwaltungsrecherchen sowie nach unserer eigenen Einschätzung kam eine gewerbliche Nutzung angesichts zu geringer Erlöse nicht in Frage. Kreis- und Landesverwaltungen zeigten kein Interesse an einer Anmietung von Bürofläche. Unter Berücksichtigung dieser Sachverhalte und unter der **Bedingung**, daß wenigstens **eine Wohnung** hergestellt wird, war ein Votum für den Umzug der Verwaltung in die Kaserne durchaus vertretbar.

Warum ist in unseren Augen der Verkauf des seitherigen Rathausgebäudes

unvermeidbar?

Durch den geplanten Umzug der Verwaltung in das Kasernengebäude verliert das seitherige Rathaus seine zentrale Funktion für die Verwaltung. Das zur Finanzierung dieses Umzugs notwendige Kapital kann, sollen keine neuen Schulden gemacht werden, nur durch den Verkauf eines gemeindeeigenen Objekts beschafft werden. Nach Lage der Dinge kam dafür nur das Gebäude der August-Bebel-Straße 1 (Jugendtreff) oder das seitherige Rathausgebäude in Frage. Betrieb und Unterhaltung aller drei Gebäude kann sich die Gemeinde auf Dauer nicht leisten. Die Idee, den Jugendtreff in die Darmstädter Straße 28 (Rathaus) zu verlegen konnten wir nicht unterstützen, da die Fläche um das Rathaus nicht mitgenutzt werden könnte - ganz zu schweigen von den dazu notwendigen Umbaukosten. Eine Verlegung des Jugendtreffs in die Räume der jetzigen Gemeindebücherei (Darmstädter Straße 14) erschien uns wegen der Lage mitten im Wohngebiet nicht akzeptabel. Wir wissen um die bedeutende Rolle des jetzigen Rathausgebäudes für die Ortsgeschichte. Vor dem Hintergrund einer leerstehenden Kaserne und den nicht absehbaren weiteren Kosten sahen wir keine andere Wahl.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen unsere Entscheidungen und bisherige Arbeit nähergebracht zu haben. Ihre Anregungen und Kritik sind erwünscht.

**Wir treffen uns mindestens einmal im Monat
und freuen uns über weitere neue Mitstreitende in Sachen
"Grüne Politik in Bickenbach".**

Ort, Termin und Uhrzeit erfahren Sie über unseren Schaukasten in der Sandstraße oder per Telefon (1337 oder 62553).

 Nächster Termin:

Öffentliche Jahreshauptversammlung

am Dienstag,

den 11. Oktober um 20.00 Uhr im Nebenraum der Gaststätte
"Zum Hirsch" Darmstädter Straße 37.

Thema wird unter anderem die bevorstehende
Bundestagswahl sein.

V.i.S.d.P.6.: U. Koch, Alsbacher Str. 19, Bickenbach

Nummer	Themenbereich	Betreff	Zweck	Beschluß
01/1993	Entscheidungsfindung	Änderung der Hauptsatzung	Reduzierung der Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretungs-Ausschüsse	ja
08/1993	Entscheidungsfindung	Anhörung zum Regionalen Raumordnungsplan	Verfahrensvorschlag	zurückgezogen
09/1993	Entscheidungsfindung	Behandlung des Flächennutzungsplans mit Landschaftsplan	Verfahrensvorschlag	nein
18/1993	Entscheidungsfindung	KT-Beitragsbemessung ab Januar 1994	Verfahrensvorschlag: Ankündigungsbeschluss	ja (14 Stimmen)
30/1994	Entscheidungsfindung	Beschlußfassung über das Nutzungskonzept Kaserne	Verfahrensvorschlag	ja (12 Stimmen)
11/1993	Mitwirkungsrechte	Änderung der Hauptsatzung	Rederecht für BürgerInnen auf Gemeindevertretungssitzungen	Ablehnung signalisiert
12/1993	Mitwirkungsrechte	Kompetenzen des Kontrollausschusses SVA-Biebesheim	Anfrage zur genauen Definition an den Umweltminister und den Betreiber	ja
02/1993	Mitwirkungsrechte	Verkehrsführung im Einzugsbereich der Schule	Bürgerversammlung zum Thema 'Schulwegsicherung'	vor Beschluß umgesetzt
17/1993	Soziales	Beitragserhebung für Kindertagesstättennutzung	Kindertagesstättenfinanzierung ausschließlich aus Steuermitteln (Resolution)	ja (12 Stimmen)
21/1994	Soziales	KT-Beitragsfestsetzung zum 1. Februar 1994	Reduzierung der beabsichtigten Gebührenerhöhung	ja
22/1994	Soziales	Erhalt von Arbeitsplätzen beim Betriebswerk Darmstadt	Initiative gegen die Schließung (Resolution an den Landtag)	ja (11 Stimmen)
24/1994	Soziales	Sozialarbeiterische Flüchtlingsbetreuung	Sicherung zusätzlicher Betreuung zur Tätigkeit des Kreisflüchtlingsdienstes	(noch offen)
26/1994	Planung	Bebauungsplanentwurf "Leierhans"	Maßnahmen: u.a. Trägersuche Sozialwohnungsbau, Förderung Regenwassernutzung	ja (zum Teil)
03/1993	Pädagogik	Zahl der zur Einschulung anstehenden Kinder	Forderung an den Schulträger: u.a. Dreizügigkeit und Erweiterung des Gebäudes	übernommen als Anregung
14/1993	Pädagogik	Entwicklung der SchülerInnen-Zahl an der Grundschule	Berichtsauftrag	erledigt durch Bericht
35/1994	Pädagogik	Unterrichtssituation an der Hans-Quick-Schule	Nichtumsetzung einer geplanten Stellenkürzung (Resolution an den Landtag)	ja (einst.)
15/1993	Pädagogik	Sanierung des Klettergerüsts auf dem Schulhof	Bereitstellung der Mittel im Haushalt	abgesetzt, da in Planung
29/1994	Pädagogik	Spielgeräte für Jugendliche	Anschaffung und Installation eines "Street-Ball Korbs"	ja (einst.)
34/1994	Umweltschutz	Sicherheit des Atomkraftwerks Biblis	Änderung eines CDU-Antrags: Stilllegung des AKW-Biblis	nicht abgestimmt
28/1994	Umweltschutz	Gefahrenquelle Atomkraftwerk Biblis	Stilllegung des AKW-Biblis (Resolution an Betreiber und Landtag)	ja (14 Stimmen)
20/1994	Umweltschutz	Auslobung eines Wassersparwettbewerbes	Preise für die zehn sparsamsten Haushalte	nein
13/1993	Umweltschutz	Ehemalige Mülldeponien auf dem Gemeindegebiet	Berichtsauftrag	erledigt durch Bericht
07/1993	Umweltschutz	Wertstoffsammlung Kork und Aluminium	Aufstellung von Sammelbehältern	umgesetzt
04/1993	Umweltschutz	Neuer Wasserpreis zum 1. Juli 1993	Protest gegen 'Bereitstellungspauschale' (Resolution an Südhessische)	nein
23/1994	Verkehr	Öffentlicher Personennahverkehr in der Region	Initiativen: u.a. 'Schnelle 8' und Bahnhofsanbindung an die Nachbargemeinden	ja (modifizierte Form)
32/1994	Verkehr	Wiedereröffnung des Bahnhofs	Änderung eines SPD-Antrags: Erhöhung des Zuschußbetrags an den FBB e.V.	nein
06/1993	Verkehr	Warterraum im Bahnhofgebäude	Vorlage eines Nutzungskonzeptes und Verhandlung mit der Bundesbahn	ja (modifizierte Form)
19/1994	Verkehr	Schul- und Kindertagesstättenwegsicherung	Prüfung von Maßnahmen: u.a. Verengung des Fahrbahnquerschnitts Hintergraben	(noch offen)
10/1993	Finanzen	I. Nachtragshaushalt 1993	Änderungsvorschläge	nein
25/1994	Finanzen	Haushalt 1994	Änderungsvorschläge	nein
27/1994	Finanzen	Änderung der Entschädigungssatzung	Senkung der Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende	nein (12 Stimmen)
16/1993	Finanzen	Erhebung von Parkgebühren in der Jagdschloßanlage	Anschaffung und Installation eines Parkscheinautomaten	nein (13 Stimmen)
05/1993	Vermögen	Raiffeisen-Bank Gebäude	Zurückstellung des Gebäudeabrisses	nein
31/1994	Vermögen	Nutzungskonzept Kaserne	Klärung einer gewerblichen Nutzung und öffentliche Info-Veranstaltung	ja (modifizierte Form)
33/1994	Vermögen	Nutzung der Kaserne und anderer gemeindlicher Gebäude	Bedingungen für eine Zustimmung zum Umzug der Verwaltung	ja (11 Stimmen)